

## Außerschulische Bildung 1/2005

### INHALTSVERZEICHNIS

#### ZU DIESEM HEFT

#### SCHWERPUNKT

*Paul Ciupke/Norbert Reichling*

„Nie wieder...“ – Geschichtsbilder, Erinnerungspolitik und politische Erwachsenenbildung in Europa 2005

*Dorothee Wierling*

Sechzig Jahre danach: Vergangenheitspolitik, Gedenkkultur und Erinnerungen in Nachkriegsdeutschland

*Theo Mechtenberg*

Fundamentale Defizite der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der DDR

*Astrid Messerschmidt*

Zwischen Schuldprojektion und Moralisierungabwehr – Beobachtungen in der dritten Generation nach dem Holocaust

*Barbara Thimm*

Was lange währt, läßt endlich ein!

Das Jugendgästehaus Dachau – Seismograph bundesrepublikanischer Suchbewegungen

*Jutta Richter*

Souviens-toi – remember – erinnere dich –vzpomen-si

Projekte der politischen Jugendbildung in europäischen Märtyrerorten

*Johannes Schillo*

Politische Pädagogik im Nationalsozialismus

Bildungswerk der Humanistischen Union diskutiert zeitgeschichtliche Herausforderungen

#### AdB-FORUM

Zur „Evaluation der Politischen Bildung“

Kommentare zu Anlage und Ergebnissen der Untersuchungen

*Siegfried Schiele*

Die politische Bildung ist besser als ihr Ruf

Anmerkungen zum Abschlussbericht „Evaluation der Politischen Bildung“

*Klaus-Peter Hufer*

Ist das wirklich „politische Bildung“? – Kommentar zum Abschlussbericht  
Evaluation der Politischen Bildung

*Hilmar Peter*

Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand  
Besprechung der Evaluationsstudie zum Förderprogramm „Politische Bildung  
außerhalb der Jugendverbände“

*Bettina Alesi/Ute Lanzendorf*

Europäische „Bausteine“ für die Praxis der Erwachsenenbildung – Erfahrungen  
mit GRUNDTVIG-Kooperationsprojekten

## **METHODEN UND ARBEITSFORMEN**

*Heidi Behrens/Norbert Reichling*

„Perspektivisches Schreiben“

## **INFORMATIONEN**

Meldungen

Aus dem AdB

Personalien

Bücher

Markt

## **STICHWORTREGISTER**

„Außerschulische Bildung“  
35. Jahrgang 2004

## **IMPRESSUM**

## „Nie wieder...“ - Geschichtsbilder, Erinnerungspolitik und politische Erwachsenenbildung in Europa 2005

Paul Ciupke/Norbert Reichling

Paul Ciupke und Norbert Reichling gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, ob es nach der Wende in Europa nicht nur ein gemeinsames Erinnern an die Periode des Zweiten Weltkriegs gibt, sondern auch ein von allen geteiltes Verständnis dieser Zeit. Sie verdeutlichen mit Blick auf aktuelle Diskussionen und Kontroversen nach wie vor bestehende unterschiedliche Wahrnehmungen und Interpretationen, die in „Erzählgemeinschaften“ um die kollektive Erinnerung konkurrieren. Ciupke und Reichling sprechen sich dafür aus, in der politischen Bildung den Pluralismus von Erinnerungen zu akzeptieren und ergebnisoffene Diskurse und Aushandlungsprozesse über die „Lehren der Geschichte“ anzuregen, in denen Perspektivenvielfalt und historische Genauigkeit in Einklang gebracht werden.

Sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird das Bild Europas geprägt durch eine politische Union, zu der inzwischen die meisten Staaten des Kontinents gehören und die im Begriff ist, sich eine gemeinsame Verfassung zu geben. Im Jahr 1945 wäre beides unvorstellbar gewesen. Sind damit auch die historischen Differenzen und Erfahrungen in einem von allen geteilten Werte-

**Gibt es ein gemeinsames Erinnern an die Periode des Zweiten Weltkriegs in Europa und ein geteiltes Verständnis des damals Geschehenen?**

und Geschichtsverständnis aufgehoben? Gibt es ein gemeinsames Erinnern an die Periode des Zweiten Weltkriegs in Europa und ein geteiltes Verständnis des damals Geschehenen? Eine neue Wahrscheinlichkeit dafür schien mit dem Ende der „politischen Eiszeit“ gegeben: „Es ist Zeit für Nachträge“, glaubte z. B. *Claus Leggewie* 1991 in der Annahme, dass gelassener und empathischere Annäherungen an eine

komplizierte Vergangenheit möglich geworden seien.<sup>1</sup> Und auch der eher skeptische Leipziger Historiker *Dan Diner* sah noch 2002 Chancen für eine „aufrichtigere Selbstwahrnehmung“ und „Abgleichungen der Gedächtnisse“.<sup>2</sup> Waren solche Erwartungen zu optimistisch?

<sup>1</sup> *Claus Leggewie*: Nachgetragenes Mitleid. Essays, Göttingen 1991, S. 8

<sup>2</sup> *Dan Diner*: Gedächtnis und Restitution, in: *Volkhard Knigge/Norbert Frei* (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 299-305

## Dissonanzen

Geschichte ist ein wichtiger „Rohstoff des Politischen“. Die Deutung historischer Erfahrungen, insbesondere des 20. Jahrhunderts, bildet eine öffentliche Arena der Auseinandersetzung und auch wenn ein politischer Konflikt sich auf Aktuelles zu beschränken scheint, sind in der Regel Geschichtserfahrungen darin enthalten. Nirgendwo wurde dies deutlicher als in den jeweiligen europäischen Stellungnahmen zum Irakkrieg und in der Haltung zu dessen Hauptakteur, den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Option für diesen Krieg war nicht nur für die britische Regierung, sondern besonders für die Staaten Mittelosteuropas gleichbedeutend mit einer Parteinahme für Freiheit und gegen Diktatur, und die Vereinigten Staaten erschienen ihnen vor dem Hintergrund des 20. Jahrhunderts als Garant eines gerechten Krieges, hatten diese doch im Ersten und Zweiten Weltkrieg die Demokratie nach Europa gebracht bzw. die nationalstaatliche Existenz dieser Länder verteidigt. In Deutschland hingegen herrschte Skepsis: Konnte etwa das Ziel, den Irak von der Diktatur *Saddam Husseins* zu befreien, einen Krieg und damit die Gefährdung der Leben von Soldaten und Zivilbevölkerung rechtfertigen? Und waren die Begründungen des Kriegs durch die US-Regierung stichhaltig? Vergleichbare Kontroversen entspannen sich bereits um die deutsche Einigung 1990 und den Golfkrieg

**Die verschiedenen Lesarten historischer Erfahrungen dominieren - bewusst und unbewusst – viele politische Gegenwartentscheidungen**

1991. Die verschiedenen Lesarten historischer Erfahrungen dominieren, so zeigen die Beispiele, zum Teil bewusst, teilweise aber auch sehr unbewusst, viele politische Gegenwartentscheidungen und sorgen für zusätzlichen Konfliktstoff.<sup>3</sup>

Das deutsch-polnische Verhältnis nach 1989 zum Beispiel galt eine Weile als wirkliche Erfolgsgeschichte historischer Entspannung und fortschreitender Verständigung. Die Vehemenz allerdings, mit der selbst liberale und Deutschland gegenüber sehr offene polnische Kräfte auf den noch gar nicht näher konkretisierten Plan eines Zentrums gegen Vertreibungen reagierten, hat manche Beobachter hierzulande nicht nur sehr überrascht, sondern auch gezeigt, dass die Tragfähigkeit angenommener historischer Konsense nur begrenzt ist und die neu eingeübte Gelassenheit schon bei eher symbolischen Konflikten wieder verloren gehen kann.

Als 2004 die lettische EU-Beauftragte (und designierte EU-Kommissarin) *Sandra Kalniete* die Anerkennung der durch die Sowjet-Regierungen an den baltischen und osteuropäischen Völkern begangenen Verbrechen anmahnte und diese als „gleichermaßen kriminell“ wie die des Nazismus bezeichnete, protestierte *Salomon Korn* und wehrte sich gegen die Gleichsetzung der Judenvernichtung mit der Okkupation der baltischen Staaten durch die Sowjetunion und die damit verbundenen Deportationen. Er erinnerte außerdem zu Recht an die Kollaboration lettischer, litauischer und estnischer Gruppierungen beim Judenmord durch die Nationalsozialisten. Zugleich aber muss konstatiert werden, dass die Verbrechen des Kommunismus immer noch

<sup>3</sup> Vgl. auch die aufgeregten Stellvertreterdebatten des Jahres 2003 um das „alte“ und das „neue Europa“.

vielerorts einer Wahrnehmungssperre unterliegen – schon ihre Kenntnisnahme wird von vielen Beobachtern im Westen bereits als Gefährdung der Geschichtskultur und als „Aufrechnungsversuch“ gewertet.

**Unterschiedliche Erfahrungen, Perspektiven und Erinnerungskongkurrenzen prägen das Geschichtsbewusstsein in Europa**

Diese aktuellen Beispiele, denen noch etliche hinzugefügt werden könnten, zeigen, dass unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven und auch Erinnerungskongkurrenzen das Geschichtsbewusstsein in Europa prägen. Auch für gemeinsame Stationen gesamteuropäischer Erfahrung wie die Weltkriege gilt diese Spaltung in höchst divergierende Erinnerungs- und

Erzählgemeinschaften. Diese Differenzen stehen im Widerspruch zur schlichten Erwartung, ein historisch und politisch zusammenwachsendes Europa mit gemeinsamen verfassungsmäßigen demokratischen Werten sei gleichbedeutend mit gemeinsamem Lernen aus der Geschichte.

All dies ist aber für uns Anlass, ein wenig genauer auf das kollektive Gedächtnis, die Erinnerungskulturen und Geschichtsbilder einiger Länder Europas zu schauen und über daraus sich ergebende Aufgaben und Konsequenzen für die politische Bildung nachzudenken. Denn dies scheint sich uns vorab als Auftrag aufzudrängen: Erst wenn die kollektiv unbewussten, selbstverständlichen und täglich angewandten Geschichtsdeutungen als in der Regel nationale Narrative oder „Mythen der Nationen“ einer gegenseitigen Konfrontation und Kritik unterzogen werden, kann deren historischer und moralischer Geltungsanspruch relationiert, ihre mitunter unkalkulierbare Virulenz gebremst und damit der Konflikt verstärkende Treibstoff der interpretierten Geschichte gewissermaßen „neutralisiert“ oder als gemeinsame Einsicht universalisiert werden.

Die folgenden Stichworte zu einzelnen Ländern können nur grobe Hinweise geben, sie rekonstruieren einige Trends und verallgemeinern, wo oft differenziertere Beobachtungen angebracht wären. Jeder erinnerungspolitische Mainstream kennt einen oppositionellen Part, und die Frage nach den Trägern des Gedächtnisses ist immer eine heikle: In der Regel identifizieren wir die Meinungen der gebildeten Eliten, Medienäußerungen und die offiziellen Erinnerungsinstitutionen mit dem historischen Gedächtnis einer Nation oder einer Gesellschaft – eine äußerst vereinfachende Annahme.

## **Das Beispiel Deutschland**

Mittlerweile gilt die Bundesrepublik Deutschland bei manchen als „Weltmeister“ des Erinnerns und Gedenkens.<sup>4</sup> Das war nicht immer so, im Gegenteil haben

<sup>4</sup> *Timothy Garton Ash* ging so weit, ironisch von den „DIN-Standards“ für Geschichtsaufarbeitung als deutschem Exportartikel zu sprechen – vgl. *ders.*: Mesomnesie, in: *Transit. Europäische Revue*, Heft 22 (2002), S.32-47

**Der Holocaust besitzt einen immer wieder bestätigten Status als singuläres Ereignis der Geschichte**

sich die politischen und kulturellen Eliten beider deutscher Staaten auf je spezifische Weise lange Zeit schwer damit getan, ein angemessenes Verhältnis zu den Verbrechen der nationalsozialistischen Periode zu gewinnen. In der Bundesrepublik wandten sich die Diskussionen in den 60er und 70er Jahren sehr zögerlich vom eigenen Leid ab und hin zur Verantwortung für Diktatur, Krieg und Besatzung, um erst ab Mitte der 80er Jahre – im Kontext des „Historikerstreits“ - den Tatbestand der Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa ins Zentrum der Auseinandersetzungen um nationale und historische Identitäten zu rücken. Seitdem aber besitzt der Holocaust einen in öffentlichen Diskursen immer wieder bestätigten Status als singuläres, einzigartiges Ereignis der Geschichte. Der Versuch, aus weltanschaulichen Motiven eine Gruppe von Menschen auszulöschen, markiert damit nicht nur einen, sondern den absoluten Tiefpunkt menschlichen Handelns, den „Zivilisationsbruch“ und das Böse schlechthin.

In der DDR wurde zwar der Antifaschismus zum politischen Gründungsmythos und quasinationalen Legitimationsmechanismus stilisiert und entsprechend ritualisiert, zugleich aber grenzte dieser kommunistische Antifaschismus die politischen Gegner aus den politisch hoch bewerteten Anerkennungsdiskursen aus und ignorierte andere Opfergruppen, auch die Juden Europas, weitgehend. Welche sozialisatorischen Wirkungen diese Erinnerungskultur langfristig hatte, ist noch sehr umstritten.

Nach dem Fall der Mauer wurde die Anerkennung der Shoah als Zentralereignis in den neuen Bundesländern gewissermaßen „nachgeholt“, gleichzeitig aber allmählich auch das Ausmaß des stalinistischen Terrors und der spezifischen Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen der SED-Herrschaft bewusst. Damit entstand ein neues Problem, wie nämlich mit der mehrfachen Vergangenheit politisch, historiografisch, pädagogisch und moralisch umzugehen ist, und wie nationalsozialistische und kommunistische Verbrechen und Herrschaftsformen in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden können und dürfen.

Der zunächst auf die Nachkriegsentwicklung der beiden deutschen Staaten gemünzte Begriff von den „asymmetrisch verflochtenen Parallelgesellschaften“ deutet die Schwierigkeiten an, die Komplexität und die Probleme der Gewichtung in Begriffe zu fassen. Die kritischen öffentlichen Diskussionen um die Förderung und Aufwertung ostdeutscher, die SED-Herrschaft thematisierender Gedenkstätten, wie sie Anfang 2004 von einem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angeregt wurden, zeigen, wie prekär die Beziehungen der verschiedenen historischen Schichten des 20. Jahrhunderts im fachlichen wie politischen Diskurs sind und wie fragil der Konsens über die Lehren totalitärer Erfahrungen auch hierzulande noch ist.

Dennoch kann man konstatieren, dass der Holocaust als Signatur der Epoche

**Der Holocaust als Signatur der Epoche dominiert den diskursiven Raum des kollektiven Gedächtnisses in Deutschland**

den diskursiven Raum des kollektiven Gedächtnisses in Deutschland dominiert und der sich über Jahrzehnte verändernde Umgang damit einen politisch-moralischen Fortschritt anzeigt: Denn die Art und Weise, in der man die

Opfer der jüngeren Vergangenheit erinnert und ihnen nachträglich „gerecht“ zu werden versucht, indiziert der politischen Öffentlichkeit zugleich, wie man in Gegenwart und Zukunft politisch-moralisch zu handeln gedenkt. Und in dieser Hinsicht hat das Lernen aus der Erfahrung des Nationalsozialismus das kollektive Gewissen und politische Bewusstsein offenbar sehr geprägt, wie der in den 90er Jahren doch deutlich wahrnehmbare Widerstreit gegen Rassismus und Ausgrenzung zeigt, während etwa Diskriminierungserfahrungen durch Bespitzelung und Abhören, wie sie in der ehemaligen DDR an der Tagesordnung waren, etc. weniger öffentliche Resonanz erfahren.<sup>5</sup>

## Der Westen

Interessanterweise entwickelte sich das Bewusstsein für die Bedeutung des Holocaust in den Staaten Westeuropas und den USA weitgehend ähnlich wie in der Bundesrepublik. Auch hier wuchs erst in den 70er und 80er Jahren die politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit für den Völkermord. Die schon Anfang der 60er Jahre in den USA veröffentlichte bahnbrechende Untersuchung von *Raul Hilberg* über die Vernichtung der europäischen Juden beispielsweise wurde in den USA wie in Westeuropa jahrzehntelang von Fachwelt wie allgemeiner Öffentlichkeit ignoriert.<sup>6</sup>

In Großbritannien sind der Erste und Zweite Weltkrieg im öffentlichen Geschichtsbild als Akt der Notwehr und der kollektiven Anstrengung ohnehin gerechtfertigt und Bestandteile einer positiven nationalen Tradition. In anderen Ländern, die wie die Niederlande oder Frankreich eine deutsche Besatzung erlitten hatten, dominierte der Widerstand gegen den Nationalsozialismus die Erinnerung und nahm eine identitätsstiftende Funktion ein; lange Zeit wurde im Rahmen der nationalen Erinnerungspolitik und -kultur nur derjenigen Opfer gedacht, die in diesen Widerstandsdiskurs passten. Die Problemzonen der Kollaboration – etwa durch die Vichy-Regierung in Frankreich (und anderswo ebenfalls) – wurden weitgehend verdrängt.

Ähnliche Strategien gab es in Italien, das sich trotz seiner langen faschistischen Herrschaftsperiode auf die Resistenza berief, und Österreich etikettierte sich auf der Suche nach traditionsbildenden und die Nation begründenden Ereignissen als erstes Opfer des Nationalsozialismus. In all diesen Fällen wurde nach einem nationalen Narrativ gesucht, das die Schuld-Anteile und Verschleifungen mit der NS-Geschichte mehr oder weniger exterritorialisierte und eine positive nationale Traditionslinie stilisierte, die zugleich eine Kittung

<sup>5</sup> Vgl. zur deutschen Entwicklung auch den Beitrag von *Dorothee Wierling* in diesem Heft.

<sup>6</sup> *Raul Hilberg*: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocausts, Berlin 1982. Die erste deutsche Ausgabe erfolgte nicht in einem der renommierten großen Verlage, sondern im linken Kleinverlag Olle und Wolter. Zur Rezeptiongeschichte vgl. auch *Raul Hilberg*: Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers, Frankfurt/M. 1994

innergesellschaftlicher Spaltungen und eine eindeutige Zurechnung zu den Siegern und zum westlichen Lager ermöglichte.

Es hat in vielen dieser Ländern lange gedauert, bis wahrgenommen wurde, dass die jüdische Bevölkerung am meisten gelitten hatte und den überwiegenden Teil der Ermordeten stellte. Die Erinnerung an diese Opfer setzte erst in den 80er Jahren ein und entwickelte sich dann aber mit der Etablierung entsprechender Gedächtnisorte, Museen und Gedenkstätten umso rasanter, so dass heute von einer Europäisierung und einer Globalisierung<sup>7</sup> des Holocausts gesprochen wird. *Daniel Levy* und *Natan Sznaider* stellen die These auf, dass sich ein neues europäisches Gedächtnis herausbildet.<sup>8</sup> Befreit von den Zwängen legitimatorischer nationaler Mythen und Geschichtserzählungen stelle die Erinnerung an den Holocaust als den negativen zivilisatorischen Tiefpunkt „ein Modell der nationalen Selbstkritik“ und einen Türöffner für eine andere zukunftsweisende, an den Menschenrechten orientierte, universalisierte und nationenübergreifende Ausrichtung des Gedächtnisses dar. Der nahe liegende Widerspruch zu diesen Thesen ist nicht ausgeblieben – viele haben entgegnet, dass ein „negatives Gedächtnis“ nicht tragfähig genug sein könnte als Wertebasis und vor allem: dass eine trivialisierende Wirkung eintreten könnte: „Dann wird über kurz oder lang jeder ordinäre Diktator mit dem absoluten Tiefpunkt der modernen Geschichte, mit dem Holocaust verbunden.“<sup>9</sup>

## Mittelosteuropa

Ganz anders verlief aber die Genese der Erinnerungen und der Gedächtnispolitik in dem Gürtel mittel- und osteuropäischer Staaten, die nach 1945 in den sowjetischen Machtblock gepresst wurden. Hier wurde die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in der Regel dominiert und überlagert von den durch die Sowjetunion verordneten Sichtweisen - ein Konglomerat aus russisch-nationaler Perspektive, stalinistischem Heldenkult und interessenverschleiern dem marxistischen Internationalismus. Insbesondere die baltischen Staaten und Polen, aber auch Ungarn waren nicht nur von einer realen Besatzung, sondern zugleich auch von einer erinnerungspolitischen Okkupation betroffen. Die eigene Perspektive auf die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und die Erfahrungen mit deutscher Gewaltherrschaft mussten der

<sup>7</sup> Das in Schweden von *Stephane Bruchfeld/Paul A. Levine* verfasste Buch „Erzählt es euren Kindern. Der Holocaust in Europa“, München 2000, wurde beispielsweise in ganz Europa verbreitet. Diese Initiative geht zurück auf die 1997 gegründete internationale „Task Force for Holocaust Education“ (und deren Stockholmer Konferenz im Jahr 2000), die von den Spezifika der nationalen Gedenkkulturen weitgehend abstrahiert und der gelegentlich eine problematische Entleerung und Verflachung vorgeworfen wird. Vgl. *Volkhard Knigge*: Statt eines Nachwortes: Abschied der Erinnerung, in: *ders./Frei* 2002, S. 423-440, hier: S. 437 f.

<sup>8</sup> *Daniel Levy/Natan Sznaider*: Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust, Frankfurt/M. 2001

<sup>9</sup> So der Historiker *Hans-Ulrich Wehler* im Interview „Auschwitz taugt nicht als Gründungsmythos der Republik“, in: *Welt am Sonntag*, 16.1.2005

sowjetischen Interpretation untergeordnet werden, und das genuine Erlebnis stalinistischen Terrors und sowjetischer Herrschaft fand im öffentlichen Bewusstsein keinerlei Repräsentanz.

**Die eigene Perspektive auf die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und die Erfahrungen mit deutscher Gewaltherrschaft mussten der sowjetischen Interpretation untergeordnet werden**

So entstand eine doppelte Gedächtnisstruktur: eine offizielle angepasste, ritualisierte Geschichts- und Erinnerungspolitik und eine abgedrängte private und oppositionelle. Da auch diese beiden nichtoffiziösen Dimensionen von einer offenen demokratischen Diskussionskultur und freier historischer Forschung abgesperrt waren, verkörpern sie in ihrer Tradierung entweder wiederum

einseitige politische Legitimationslegenden, Verschwörungstheorien oder tendenziell neurotisierte Erzählformen, die teilweise bis heute der Überprüfung durch Dialog und Empirie entbehren.

**Es kam zu nachholenden Geschichtsdiskursen, die vor allem die Erfahrung stalinistischer Verbrechen und sowjetischer Herrschaft zum Gegenstand haben**

Solche Deformationen haben selbstverständlich ihre Gründe: Seit 1989 haben sich in Mittelosteuropa überhaupt erst die Erinnerungen und historischen Anschauungen der jeweiligen Mehrheitsbevölkerungen aus dem Status eines politisch und gesellschaftlich geächteten und

sanktionierten Denktatbestandes befreien können. Es kam zu nachholenden Geschichtsdiskursen, die vor allem die Erfahrung stalinistischer Verbrechen und sowjetischer Herrschaft zum Gegenstand haben. Diese gestalten sich vornehmlich als nationale Narrative über eine bis in die 90er Jahre dauernde Besatzung und einen versuchten Genozid durch die Sowjetunion, so etwa im Baltikum. Und hier war ja auch real 1945 der Krieg noch nicht zu Ende, wie die meisten im Westen glauben; vielmehr setzte sich der Partisanenkrieg in Litauen und Lettland bis in die 50er Jahre fort! Parallele Entwicklungen finden sich in den meisten nachsowjetischen Gesellschaften - in der Ukraine und im Nordkaukasus etwa wird die politisch induzierte Hungerkatastrophe der 1930er Jahre, der „Holodomor“, als versuchter Genozid untersucht und interpretiert.<sup>10</sup>

Besonders schwierig und vielschichtig gestalten sich auch die Erinnerungsdiskussionen in Polen, wo sich die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs, die NS-Herrschaft durch Terror, Mord und Germanisierung, die Vernichtung der polnischen Juden, die zum Teil gleichzeitige und dann nach 1945 bis 1989 erstreckende stalinistische, sowjetische und hausgemachte kommunistische Herrschaft, die Vertreibung aus Ostpolen und die Konflikte mit den Ukrainern und Lemken, die Vertreibung der Deutschen und die Probleme der Inbesitznahme der neuen Westgebiete überlagerten.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Vgl. das Schwerpunktheft der Zeitschrift *Osteuropa*: Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UDSSR, 54. Jg., Heft 12/Dezember 2004

<sup>11</sup> Siehe dazu die Diskussion: „Das Gedächtnis als Schlachtfeld“, *Wojciech Duda* im Gespräch mit den Historikern *Włodzimierz Borodziej*, *Paweł Machcewicz*, *Grzegorz Motyka* und *Feliks*

Insbesondere in Gesellschaften wie der polnischen, der lettischen und litauischen, in denen es um die nachholende Anerkennung der jüdischen Perspektive und Geschichte ging, tangiert diese Erwartung nach 1989/90 die hergebrachten nationalen Opferbilder, kränkt das Selbstbewusstsein und fordert eine zunächst von der breiteren Öffentlichkeit kaum zu akzeptierende Dezentrierung bisheriger Selbstwahrnehmungen ein. So bleiben auch die neu geschaffenen Erinnerungsorte und Geschichtsmuseen wie das Genozid-Museum in Vilnius, das Okkupationsmuseum in Riga und das Haus des Terrors in Budapest zumindest im Westen sehr umstritten<sup>12</sup> – von den zähen und abgründigen Feindbildern der „Judäo-Kommune“ (also der These, dass Juden überdurchschnittlichen Anteil am Bolschewismus und seinen Verbrechen gehabt haben) einmal ganz abgesehen.<sup>13</sup>

### Zwischenresümee

Bildet der Holocaust die globale Signatur des 20. Jahrhunderts und kann das Zentralereignis „Auschwitz“ eine Art negative Geschichtsphilosophie begründen? Die europäische Erinnerungslandschaft ist zerklüftet, jedenfalls erheblich inhomogener, als es die Thesen von der Globalisierung des Holocaust, die *Levy*, *Sznajder* und andere vorgetragen haben, eingestehen. Der normative Anspruch, dass das Holocaust-Gedächtnis eine gesamteuropäisch-universelle Perspektive bilde, mag von den politischen und intellektuellen Eliten größtenteils verinnerlicht sein, die Empirie ist aber vielschichtiger und widersprüchlicher. Hier haben wir es mit Mythen, tradierten Gedächtnismustern und traditionellen Nationalgeschichten, Ausblendungen, Opferkonkurrenzen, Hierarchisierungsproblemen, europa-regionalen Fragmentierungen und Ähnlichem mehr zu tun, die insgesamt dazu führen, dass die Geschichte, ihre Deutung und Erinnerung, nach wie vor ein höchst umstrittenes Feld und eine Arena bleibt.<sup>14</sup>

Auch wenn die Kritik vereinfachter Nationalgeschichten zweifellos vorsichtig in Gang kommt, so kann nicht erwartet werden, dass die vorhandenen divergierenden Lesarten und entsprechenden Schlussfolgerungen bald eine

---

*Tych*, in: *Inter Finitimos. Jahrbuch zur Deutsch-Polnischen Beziehungsgeschichte*, 1/2003 S. 8-32

<sup>12</sup> Und das Beispiel der Museen zeigt auch die Brisanz der Diskurskonstellation auf: Auf der im Oktober 2004 in Weimar ausgerichteten Konferenz „Der Kommunismus im Museum“ war die westliche Kritik an osteuropäischen Gedenk-Arrangements prompt dem Verdikt von Überwältigung und Kolonialismus ausgesetzt. Vgl. *Christian Semler: Antreten zur Bewältigung!* In: die tageszeitung vom 25.10.2004, S. 15

<sup>13</sup> Vgl. *Agnieszka Pufielska: EU-Beitritt des Antisemitismus? Über den Antisemitismus in Osteuropa angesichts der EU-Erweiterung*, in: *Zeichen*, hrsg. von der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*, Nr. 4/2004, S. 6 f. – sowie: *dies.: „EU heißt SU“*. Zur Geschichte des polnischen Feindbildes von der ‚Judäo-Kommune‘, in: *WerkstattGeschichte*, Heft 38 (Dezember 2004), S.67-75

<sup>14</sup> Dazu auch die in dieser Hinsicht sehr instruktiven Länderstudien im Katalog der gerade zu Ende gegangenen Ausstellung „Mythen der Nationen“ im Deutschen Historischen Museum: *Monika Flake* (Hrsg.): *Mythen der Nationen. 1945 - Arena der Erinnerungen*, Berlin 2004

europäische oder gar globale Verallgemeinerung in einem „kosmopolitischen Gedächtnis“ erfahren.

## **Aufgaben der politischen Bildung**

**Notwendig sind die Aufnahme des Diskurses, die Konfrontation der Erinnerungsbilder und Deutungen und ihre diskursive Verflüssigung**

Notwendig sind zunächst einmal die Aufnahme des Diskurses, die Konfrontation der Erinnerungsbilder und Deutungen und ihre diskursive Verflüssigung - unter anderem in Veranstaltungen der politischen Bildung. Dabei ginge es auch um die Stärkung solcher Erzählungen, die zur bisherigen Deutungspraxis quer liegen: regionale, biografische, generationelle, soziologische Diagnosen und Gedächtniskonstruktionen. Der Jahrestag des 9.

Mai wird von den Einwanderern in der Jüdischen Gemeinde Dortmund anders gefeiert als bei den ehemaligen Kampfgenossen in Georgien. Elsässer haben nicht den gleichen Blick auf den Ersten Weltkrieg wie Sachsen oder Italiener, Schlesier andere Erfahrungen mit Industrialisierung, Modernisierung und Migration als Berliner, Sizilianer oder Tschechen. „1968er“ aus verschiedenen Gesellschaften waren anderen (und in sich wieder zu differenzierenden) Prägungen ausgesetzt als Weltkriegsteilnehmer oder heutige Studierende, Oppositionelle und „Aussteiger“ wären von Macht- und Kultureliten zu unterscheiden...

Angesichts einer komplizierten Situation das Selbstverständliche zu tun, ist nicht besonders spektakulär und profilbildend, aber die politische Erwachsenenbildung sollte sich angesichts des Zusammenstoßes von Geschichtskulturen trotzdem ihrer Stärken bewusst bleiben und sich nicht überfrachten: Zu diesen Stärken gehört es, „geschützte Räume“ der politischen Kommunikation anzubieten, in denen mit Experten aus Praxis und Wissenschaft, aber zugleich auch relativ tabuarm, Fragen der Gegenwartsanalyse und divergierender Selbstverständnisse debattiert werden können. Eine solche Offenheit können die parlamentarischen, wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Arenen des neuen, weiteren Europa nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß bieten, geht es da doch unmittelbar um die Verhandlung von Interessen und Verteilung von Ressourcen.

**Für die Wertefragen gibt es kaum geeignetere Foren als eine ihrer Multiperspektivität und Interkulturalität bewusste Erwachsenenbildung**

Für die Wertefragen aber, die mit den oben angedeuteten Geschichtsbildern und –kontroversen verknüpft sind, gibt es kaum geeignetere Foren als eine ihrer Multiperspektivität und Interkulturalität bewusste Erwachsenenbildung. Diese

weiß nämlich, dass Differenzen nicht immer diskursiv aufzulösen sind, dass deren kommunikatives „Kleinarbeiten“ aber von der Annahme prinzipieller Unvereinbarkeiten weg und hin zu einer Kultur des differenzierten Vergleichs und der Kompromisse führen kann. (Auch die gegenwärtigen Irritationen in den Einwanderungsgesellschaften Westeuropas, die auf das Bündnis von Terrorismus und Islamismus zurückgehen, sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Länder eine relativ erfolgreiche Geschichte massenhafter Integration über drei Generationen hinter sich haben.)

## Dezentrierung und Verunsicherung

Die Staaten Mittel-Ost-Europas haben für Westeuropäer (mit wenigen Ausnahmen) in einem Dunkel der verallgemeinernden Ignoranz gelegen – „der Westen“ für die Bewohner der Mitte und des Ostens in einer oftmals ebenso in die Irre führenden Phantasielandschaft. Die wechselseitige Neugier ist zwar bisher noch äußerst asymmetrisch, weil im Westen Besitzstandsdenken und kaum veränderte Lebensbedingungen im Vordergrund stehen; dennoch sind die

**Es geht darum, die Erfahrungen und Deutungen der jeweils anderen erst einmal zur Kenntnis zu nehmen**

Bildungsaufgaben ebenso elementar wie nahe liegend: Es geht darum, die Erfahrungen und Deutungen der jeweils anderen erst einmal zur Kenntnis zu nehmen. Durch die (west-)deutsche Brille gesehen, ist es zwar ungewohnt, sich heutigen Problemen erst dann nähern zu können, wenn z. B. die Größe und Herrlichkeit Litauens im

Mittelalter oder Ungarns im ausgehenden 19. Jahrhundert zur Kenntnis genommen ist, aber können wir vom Vergleich mit den Orientierungsmarken (und Entwicklungen) westdeutschen Geschichtsbewusstseins nicht interessante Aufschlüsse erwarten? Für beide Seiten – wenn eine solche Vereinfachung erlaubt ist, und wahrscheinlich sollte man eine solche Kommunikation auch nicht multilateral überfordern – setzt dies eine nachholende Aneignung historischen Wissens voraus, die von den Professionellen der politischen Bildung organisiert werden muss.

Mindestens aus deutscher und westeuropäischer Sicht muss nämlich eingeräumt werden, dass das hiesige Wissen über die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, wie sie in Mittel-Ost-Europa gemacht wurden, in der Regel sehr bescheiden ist. Insofern sollte vielleicht die Anregung von *Dan Diner* aufgenommen werden, einen Blick auf diese Geschichte von der Peripherie aus einzunehmen (Diners Vorschlag ist: Odessa), um die bisherigen historischen Optiken zu dezentrieren.<sup>15</sup> Ob daraus, wie *Diner* anstrebt, eine universalhistorische Deutung gelingt, wird noch offen bleiben müssen.

<sup>15</sup> *Dan Diner*: Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung, München 1999, S. 12f

Zu den Dialog-Themen gehören neben Wissensbeständen an vorderer Stelle auch die wechselseitigen Klischeebilder: Sollen „wir“ etwa „den“ Antisemitismus der baltischen Länder akzeptieren? Sollen die stolzen Polen die postmodern-postnationale Gedenkkultur mancher westeuropäischen Gesellschaften übergestülpt bekommen? Müssen westliche Museumsleute in Ungarn für „korrekte“ Ausstellungen sorgen? Wer sagt den Westdeutschen einmal, dass all ihre Post...-Ideologien eine etwas trügerische Oberfläche sind? Genaueres Hinsehen erweist: Die Annahme zweier Blöcke löst sich schnell auf - auch Niederländer, Schweden, Italiener und Deutsche, Letten und Ungarn „ticken“ in all diesen Fragen immer etwas unterschiedlich und könnten sich gegenseitig ihre Geschichtsorte, Geschichtszeichen und Geschichtsmymen erläutern, haben auch untereinander einiges an verallgemeinernden Diskussionen nachzuholen.

**Mit solcher Vielfalt an Sichtweisen zu leben, ist eine Herausforderung für Menschen, die nach Jahrzehnten der Unterdrückung einen festen Halt in nationalen Identitäten gewonnen zu haben glauben**

Mit solcher Vielfalt an Sichtweisen zu leben, ist in der Tat eine Herausforderung für Menschen und Nationen, die nach Jahrzehnten der Unterdrückung einen festen Halt in nationalen Identitäten gewonnen zu haben glauben. Das Zulassen von Unsicherheiten und teilweise im Fluss befindlichen Normen, das Ernstnehmen von tiefgreifenden generationellen Unterschieden und die Konfrontation mit anderen Werthierarchien mutet denen, die

sich auf solche Dialoge einlassen, Relativierungen, Verunsicherungen und Kränkungen zu. Dennoch gibt es keine Alternative zu einer solchen Vorgehensweise: „kleine Öffentlichkeiten“ von gesprächsbereiten Minderheiten, die sich in gemeinsamer Neugier und kleinen, pragmatischen Schritten aufeinander zu bewegen und damit „Brückenköpfe“ der Verständigung und zukünftiger Gemeinsamkeiten bilden. Nicht anders hat die heute gerühmte westeuropäische Integration funktioniert, und so hätte eine deutsch-deutsche Annäherung unter glücklicheren Vorzeichen verlaufen können.

Damit werden die heute noch fundamentalen Unterschiede der politischen Systeme, der Wohlstandsniveaus, der Alltagskultur nicht hinweggeleugnet – das sollen sie auch nicht. Vielmehr könnte es darum gehen, die Gemeinsamkeiten in der Differenz auszuloten, die Genauigkeit der Urteile bei den Teilnehmern solcher Dialoge zu steigern und die Sachlichkeit ihres politischen Denkens. Dazu tragen sicherlich auch andere Kommunikationsebenen bei – die Zusammenarbeit mobiler Arbeitnehmer/-innen, die grenzüberschreitenden politischen Bündnisse, der Jugendaustausch, Städtepartnerschaften usf. Aber angesichts des Umstands, dass europäische Medienöffentlichkeiten nicht im entferntesten in Sicht sind – geschweige denn solche, die das „neue Europa“ mit umfassen – könnten Bildungssituationen hier zusätzliche Chancen bieten.

Gesprächsangebote in der Bildungsarbeit haben gegenüber den Handlungssituationen des europäischen Alltags den Vorzug der Verlangsamung und damit die Chance des genaueren Hinhörens: Wo nämlich nicht unmittelbar über nächste Schritte zu entscheiden ist, sondern politische

und menschliche Neugier den Austausch lenkt, ist der „Luxus“ differenzierten, offenen, probeweisen Argumentierens und vorsichtiger Positionsverschiebungen leichter zu haben.

## Ansätze und Gehversuche

Was hier als programmatischer Horizont für eine europäische politische Bildung skizziert wird, ist keine bloße Utopie im Sinne von „Nirgendwo“: Es ist bereits im Gang auf den unterschiedlichsten Ebenen – in den Grenzregionen, in einzelnen herausgehobenen Bildungseinrichtungen, in manchen Fortbildungskontexten und nicht zuletzt in der Jugendbildung. Eine genaue Bestandsaufnahme kann nicht geboten und muss noch erarbeitet werden – hier wenige Beispiele und Vorschläge.

- In vielen europäischen Grenzregionen ist nicht nur der „kleine“, alltägliche Grenzverkehr Teil des Alltags geworden, sondern sind es auch grenzüberschreitende Gesprächs- und Dialogstrukturen. Ein Museum in Aalten/Niederlande arbeitet mit einem Förderverein im Westmünsterland und einem öffentlichen Medienzentrum in Münster zusammen, an der tschechisch-sächsischen Grenze werden gemeinsam Umwelt- und Entwicklungsfragen gleichzeitig mit den geschichtlichen Hypotheken untersucht und Lösungen entwickelt, im brandenburgisch-polnischen Grenzraum arbeiten NGO aus beiden Ländern zusammen, um Frauen-Selbsthilfe zu stärken und Frauengeschichte zu dokumentieren.<sup>16</sup> Möglicherweise ließen sich solche kleinen Netzwerke noch deutlicher unterstützen und auch „zusammenknüpfen“?
- In Kreisau ist mit der „*Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung*“, mit Jugendbegegnungsstätte, Gedenkstätte und Akademie ein Fokus für europäische Wertediskussionen entstanden, der sich ausdrücklich auf historische Erfahrungen – die Tradition des antinazistischen Widerstands – bezieht. Die Überzeugungskraft solcher historischen Orte wird – obwohl das Forschungsprojekt EUSTORY darauf intensiv hingewiesen hat – immer noch unterschätzt und sollte auch von der Erwachsenenbildung deutlicher in Anspruch genommen werden.
- Was geschieht eigentlich mit den engagierten Schülerinnen und Schülern, die nach einigen Erfahrungen im deutsch-polnischen Schüleraustausch auch nach ihrer Schulzeit Interesse an Dialogen haben, wer macht sie darauf aufmerksam, dass Akademien und Bildungswerke so etwas anbieten und unterstützen?

---

<sup>16</sup> Vgl. *Joanna Barelkowska/Gesine Fuchs*: Der polnische NGO-Sektor und seine Akteurinnen in der Grenzregion zu Deutschland, in: *Außerschulische Bildung*, Heft 4/2004, S. 387 ff.

- Die deutschen Studentinnen, die mit Unterstützung von *Aktion Sühnezeichen* einjährige Praktika in Kultureinrichtungen von Lublin absolvieren, die polnischen Studentinnen, die mit EU-Förderung ein Jahr lang in jüdischen Museen der Bundesrepublik arbeiten, machen etwas vor, wozu auch viele Akademien, soziokulturelle Zentren und Heimvolkshochschulen fähig wären, denn diese können ebenso spannende Orte des kulturellen Austauschs und des Perspektivenwechsels sein.
- In vielen europäischen Fortbildungskontexten ist eine internationale Perspektive inzwischen selbstverständlich. Die politische Erwachsenenbildung – auf ihren Vorbildcharakter durchaus stolz – gehört in diesem Zusammenhang nicht immer zu den Vorreitern und hat mit der Internationalisierung der politischen Entscheidungsstrukturen nicht genügend Schritt halten können.
- Ein laufendes Projekt des *Fortbildungszentrums für deutsche Sprache und Landeskunde* in Kaunas: Studierende verschiedener Disziplinen aus Litauen, Rumänien und Deutschland besuchen und analysieren gemeinsam Erinnerungsorte in den drei Ländern und vertiefen diese Exkursion in Seminaren über deren geschichtliche und kulturelle Voraussetzungen. Dieser gemeinsame Prozess wird in Ausstellungen und Veranstaltungen an ihren Heimatorten dokumentiert und stößt dort weitere Debatten an; über eine Homepage wird die weitere Kommunikation aufrechterhalten. Abgesehen vom besonderen Zeitbudget Studierender: durchaus nachahmenswert für Bildungseinrichtungen!
- Auch ohne ein direktes Ansetzen an den großen historischen Streitfragen kann sinnvolle Vernetzung beginnen – z. B. wenn Museen aus Groningen, Dorsten/Westfalen und Lublin ein gemeinsames Internetportal zum jüdischen Leben in der Provinz aufbauen und dabei natürlich auch die unterschiedlichen Herangehensweisen an das gemeinsame Thema und die nationalen Geschichtskulturen zur Sprache kommen. Nicht nur die großen kriegerischen Konflikte also, auch andere geteilte Erfahrungen der modernen und neuesten Geschichte – wie etwa Industrialisierung, Arbeitsmigration oder konfessionelle Konflikte - wären für eine ähnliche Bearbeitung durch Partner der politischen Bildung denkbar.
- In transatlantischen Kommunikationsversuchen von Schülerinnen und Schülern sind Ansätze und Termini wie „electronic classroom“ oder „e-twinning“ – also die Nutzung des Internet und E-Mail für kontinuierliche Austauschprozesse – entstanden. Warum gibt es so wenige Erwachsenenbildungseinrichtungen, die über anspruchsvolle Bildungsreisen hinaus und im Anschluss an diese mit grenzüberschreitenden elektronischen Foren und Partnerschaften experimentieren und so ein wenig Kontinuität in die Kommunikation „von unten“ bringen?

Über diese der institutionalisierten Erwachsenenbildung relativ nahen Ansätze hinaus sind die „beiläufigen“ Gelegenheiten und Voraussetzungen für den Dialog nicht zu verachten: Zehntausende von jungen und älteren Europäern haben sich in Bewegung gesetzt: für ein Studium, als Arbeitsmigranten, als Berater und „Aufbauhelfer“ in jungen Demokratien, als Touristen. Was kann politische Erwachsenenbildung zu deren Vorbereitung und Begleitung beitragen? Und aus umgekehrter Blickrichtung sollten wir wahrnehmen: Diese Menschen erwerben damit Kenntnisse und interkulturelle Kompetenzen, auf die eine politische Bildung zurückgreifen kann, die über die näher gerückten Nachbarn informieren möchte.

Und noch eines ist entscheidend für eine Situation, in der die Initiative für Bildung und politische Aktion allmählich von der „zweiten“ auf die „dritte“, von der Nachkriegsgeneration auf die „Wendegeneration“ übergeht: Hier sind nicht nur Tatsachen und Fragestellungen zu den Zentralerfahrungen Zweiter Weltkrieg und Shoah gefragt! Auch die folgenden Altersgruppen haben Sinnvolles zu den hier geforderten Dialogen beizusteuern: Neue Zeitzeugenschaften über die Jahrzehnte nach 1945 sind ebenso erforderlich: Menschen, die Auskunft geben über die familiären und schulischen Prägungen, die Gedenkkulturen der Nachkriegsjahrzehnte, und die sich gemeinsam mit nachwachsenden Interessierten darüber Rechenschaft geben wollen. Denn – das zeigte sich auch (als Defizit) in deutsch-deutschen Dialogen, wo oft immer noch *Globke* gegen *Mielke* kämpft und außer diesen Abziehbildern nicht viel wahrgenommen wird – nur die Kenntnis über Entwicklungsschritte und „Erinnerungskämpfe“ der beteiligten Gesellschaften, ihrer Gegen- und Subkulturen und diversen Generationen kann eine Ahnung vom Wert des Pluralismus, den das „westliche Modell“ im Prinzip bietet, und ein „Prozessvertrauen“ in diskursive Herangehensweisen vermitteln. (Und dieser Erfahrungsschatz der „mittleren“ und älteren Generationen spricht auch dagegen, dass die politische Erwachsenenbildung sich dem Jugendwahn und der Altersdiskriminierung mancher Förderinstitutionen ausliefert.)

### **Europäische Geschichtskultur - ein Pluralismus von Erinnerungen**

Dass eine europäische Geschichtskultur im Raum der 25 EU-Mitglieder (erst recht eine noch umfassendere) nur als pluralistische gedacht werden kann, ist eine Banalität. Die dabei zu Tage tretenden Konkurrenzen und Hierarchien wurden ansatzweise geschildert; sie sind in der Regel von Ängsten über die Auflösung einer dominanten Erzählung und einer klaren normativen Ausrichtung begleitet: Wird die Würdigung der Opfer des kommunistischen Experiments diejenige der Shoah-Opfer beeinträchtigen? Werden „rückständige“ nationale Sichtweisen die in jahrzehntelangen Kämpfen errungene Dezentrierung der Perspektiven gefährden und neue Opfer-Mythen befördern?

Solchen Alarmismus können Bildungsarbeiter/-innen nicht teilen: Wenn der Austausch über Sichtweisen und die Fähigkeit zur Multiperspektivität einen

**Die Fähigkeit, die Welt der anderen mit deren Augen zu sehen, ist eine Grundqualifikation für historische Analyse und den Umgang mit Differenzen**

Erkenntnisgewinn für historisches Denken darstellt, dann in dieser Situation! Die Relationierungen und Relativierungen der einzelnen nationalen und auch der überkommenen transnationalen Erfahrungen (wie etwa in den Vor-1989er-Blöcken) müssen ja nicht in den Werte-Relativismus führen. Die Geschichtsdidaktiker lehren uns schon

lange, dass „die Fähigkeit, die Welt der anderen mit deren Augen zu sehen“ (Rolf Schörken), die Perspektive geschichtspolitischer Bewertungen und Rituale erkennen zu können, eine Grundqualifikation für historische Analyse und wohl auch für ein aktuelles Fremdverstehen und Umgang mit Differenzen verschiedenster Art ist. Ein Nebeneinander traditioneller (z. B. nationaler) und „nachtraditionaler“ – europäischer oder universeller – Sichtweisen<sup>17</sup> muss die Sachlichkeit nicht beschädigen, ja gesteigerte Urteilsfähigkeit ist ein mindestens ebenso wahrscheinlicher Effekt.

Haben solche wissenstheoretischen Einsichten praktische Folgen? Das Ablegen eines immer auf Eindeutigkeiten und Wahrheiten fixierten Denkens, die Distanzierung gegenüber naivem Objektivismus („So ist es!“) und Subjektivismus („So sehe ich es nun einmal!“) könnten Voraussetzungen einer zukünftigen europäischen Geschichtskultur werden, in der Suchbewegungen, Pluralismus und Kontroversität gelassener als heute betrachtet werden. Es ginge im ersten Schritt darum, Offenheit auszuhalten. Wenn mehr Menschen als heute befähigt werden, Akteure, Interessen, Gruppen, Zwänge, Optionen, Blickrichtungen, Ausblendungen, Akzentuierungen, Fragestellungen, „Rekonstruktionen“ und Deutungen, Methoden und Maßstäbe ihrer Geschichtsbilder und ihrer aktuellen Denkweisen sowie die Aporien eines „gerechten Gedenkens“ miteinander nüchtern zu analysieren und debattieren, wäre das ein nicht zu unterschätzender Beitrag zu Zivilität und Reflexivität.

Solche offenen, bewertungsarmen Darstellungen sind in manchen Medien und Institutionen – wie etwa vielen historischen Museen – bereits eingeübt worden; ergebnisoffene Diskurse und Aushandlungsprozesse in der politischen Erwachsenenbildung über die „Lehren der Geschichte“ sollten diesen Versuchen mutig folgen. Denn im Grundsatz ist ja für jeden unvoreingenommenen Betrachter von Geschichtskulturen klar, dass diese immer prozesshaft sind und weitgehend ohne endgültige Urteile auskommen müssen. Die nostalgische Sehnsucht nach klareren Verhältnissen hat keine Zukunft – und das ist nun wirklich keine asymmetrische Problemzuschreibung an „den“ Osten, sondern gilt nicht minder für politische Bildner/-innen aus dem Westen, die in Buchenwald immer noch lieber ausschließlich über die

<sup>17</sup> Von „Nebeneinander“ wird gesprochen, weil die Frage, ob universalistisch-globalisierende Geschichtsbilder wirklich als „höherwertig“ und als reiferes Entwicklungsstadium von Geschichtskulturen angesehen werden können, hier nicht ausdiskutiert werden kann.

Zeitschicht des Nationalsozialismus sprechen würden. „Historisierung für jedermann“ – eine solche analytische Zumutung ist insofern zukunftsweisend, als sie Verunsicherungen für alle enthält: Auch den Diskutanten aus den „fortgeschrittenen“, pluralistischen und „glücklichen Gesellschaften“<sup>18</sup> (Andrzej Stasiuk) ist damit die Position des außen stehenden Beobachters genommen, auch ihre Errungenschaften stehen als Konstruktionen zur Debatte, auch ihnen ist es verwehrt, selbstgefällig und naiv im Status quo zu verharren.

## Grenzen der Offenheit?

Die Sachlichkeit und Gelassenheit, für die hier plädiert wird - und damit auch die Wahrscheinlichkeit der „Einigung“ – stoßen auf Grenzen: Nach einer Definition aus den frühen Diskussionen über „Zeitgeschichte“ als Geschichte der Mitlebenden nach 1945 in Deutschland ist diese eine Periode, „die noch qualmt“. Mit anderen Worten: Aus den Katastrophenerfahrungen des 20. Jahrhunderts und ihrer vorläufigen und subjektiven Sinn-Rahmung resultieren Identitäten, Verletzungen, Interessen, die nicht immer vernünftig

**Die Hoffnung auf neue  
Konsense sollte nicht  
überstrapaziert  
werden, sondern mit  
der Anerkennung  
fortbestehender  
Divergenzen und  
Konflikte einhergehen**

„wegzudiskutieren“ sind.<sup>19</sup> Insofern sollte die Hoffnung auf neue Konsense nicht überstrapaziert werden, sondern mit der Anerkennung fortbestehender Divergenzen und Konflikte einhergehen. Eine „innere Einheit“ europäischen Geschichtsdenkens anzustreben, wäre wohl noch wirklichkeitsferner als die entsprechenden Gebetsmühlen innerdeutscher Debatten.<sup>20</sup> Und wenn sich Europa „nur“ von einem Raum blutiger Konflikte zu einer Arena intellektuellen und

kulturellen Streits entwickelt hätte, wäre das ja wohl immer noch geeignet, einen gewissen historischen Optimismus aufrechtzuerhalten.

Hat die so postulierte Offenheit Grenzen? (Oder – wie Kolleg/-innen manchmal fragen: „Gibt es wirklich keinen Punkt, an dem ihr Teilnehmer/-innen hinauswerft aus euren Veranstaltungen?“) Menschenrechte und Demokratie als unaufgebbare Bezugspunkte der politischen Bildung, auch die Würde der unter uns lebenden Opfer geben solche Grenzen der Aushandlung vor, aber diese

<sup>18</sup> Vgl. *Juri Andruchowytch*, Mittelöstliches Memento, in: *ders./Andrzej Stasiuk*, Mein Europa, Frankfurt/M.2004, S. 9-74, hier: S. 25 f.

<sup>19</sup> *Ash* zitierte seinen polnischen Kollegen *Konstanty Gebert* mit den Worten: „Wenn Amerikaner sagen That’s history, dann meinen sie damit: Es ist irrelevant. Wenn wir Osteuropäer sagen Das ist Geschichte, dann meinen wir: Es ist das wichtigste überhaupt.“ Und wenn man nicht aufpasst, fügte *Ash* hinzu, „gerät man mit einem Schlag und ohne Zwischenstopp vom serbischen in das amerikanische Geschichtsgefühl.“ Vgl. *Ash* 2002, S. 46

<sup>20</sup> Vgl. *Paul Ciupke/Norbert Reichling*: Einheitsbilder und Differenzenerfahrungen. Politische Erwachsenenbildung im deutsch-deutschen Dialog, in: , Geteilte Erfahrung. Ein deutsch-deutsches Dialogprojekt zur Geschichte nach 1945, Münster 1994, S. 8-16

sind weit: „Im Prinzip nein“, pflegen wir also zu antworten, weil über die Bewertung und Hierarchisierung all der umherschwirrenden Erfahrungen nicht nur am berüchtigten „Stammtisch“ oder in der neuerdings unter Verdacht stehenden Familienkommunikation<sup>21</sup> verhandelt werden sollte, sondern auch in der politischen Erwachsenenbildung. Und diese könnte sich nun – 60 Jahre „danach“ – von mancherorts immer noch wirksamen generationsbedingten Reflexen und Identitätsspielen distanzieren, die in die Kenntnisnahme stalinistischer Verbrechen oder deutscher Kriegsoffer eine zwangsläufige Beschädigung antifaschistischer Orientierungen hineininterpretieren und leichtfertig mit dem Verdacht auf Geschichtsrevisionismus und einer „Veränderung des moralischen Raums“ (Harald Welzer) hantieren.<sup>22</sup> Eine Rückkehr zu den autistischen 50er-Jahre-Erzählgemeinschaften deutscher Opfer, die Teile des Feuilletons derzeit bei jedem neuen Familienroman beschwören, droht allein deswegen nicht, weil die Vielfalt der öffentlich, wissenschaftlich und privat repräsentierten Perspektiven auf „die Vergangenheit“ jeden neuen Aspekt und erst recht jeden „Wendeversuch“ harten Begründungszwängen aussetzt.<sup>23</sup>

In wohl nicht ganz untypischem angelsächsischem Pragmatismus hat *T. G. Ash* vorgeschlagen, zwischen den durchsichtigen Strategien der Amnesie und der in Deutschland weit verbreiteten „Hypermnesie“ einen mittleren Weg zu suchen, den er „Mesomnesie“ nennt: Wer in einer Abfolge von Herausfinden, Aufzeichnen, Nachdenken und Weitergehen „die Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart wiederherstellen“ wolle, fordere nicht Vergessen oder Verdrängen, sondern eine angemessene Verwandlung der Vergangenheit und eine Mischung aus Vergegenwärtigen und Vergessen.<sup>24</sup>

Auch dann bleiben ungelöste und wohl vorerst unlösbare Probleme, die konfligierenden Dimensionen der Geschichtsverarbeitung wie Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung und Befestigung demokratischer Verhältnisse auszutarieren: Wie können die geforderte Liberalität und Perspektivenvielfalt mit der ebenfalls unentbehrlichen Genauigkeit und Gerechtigkeit in Einklang gebracht werden? Selbstverständlich darf der in der Forschung erreichte Stand historischer Erkenntnisse nicht unterlaufen werden. Und sicher müssen auf politischer Ebene historische Wertentscheidungen getroffen werden, die etwa für die Bundesrepublik Deutschland die historische Verantwortung für Auschwitz in den Mittelpunkt stellt. Die Pädagogik darf aber etwas weiter gehen und auf den Prozess vertrauen. Wer politische Bildung nicht nur als Gefäß für Inhalte sieht, die möglichst reibungslos zu verteilen sind, sondern auch als sozialen Raum der Verständigung und als eine Teilsphäre demokratischer Öffentlichkeit, sollte heute fähig sein, ohne die Angst vor Kontrollverlust auch

<sup>21</sup> Vgl. *Heidi Behrens/Sabine Moller*, „Opa war kein Nazi“ und die Folgen – Zurück an den Anfang der Gedenkstättenpädagogik? in: *GedenkstättenRundbrief* Nr. 121 (9/2004), S. 18-29

<sup>22</sup> Vgl. *Christian Schneider*, Der Holocaust als Generationsobjekt, in: *Mittelweg* 36, 13. Jg. Heft 4 (August/Sept. 2004), S. 56-73

<sup>23</sup> Vgl. *Klaus Naumann*: Agenda 1945 – Das Jahr des Kriegsendes im aktuellen Geschichtsdiskurs, in: *Bernd-A. Rusinek* (Hrsg.) *Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive*, Göttingen 2004, S. 239-253, hier: S. 249 f.

<sup>24</sup> Vgl. *Ash* 2002, S. 45 f.

solche vertrackten Anerkennungsfragen mit Neugier aufzugreifen. Dennoch kann man auch hier einen moralischen Haltepunkt einer anamnetischen Solidarität formulieren: Ein universelles Verständnis von Solidarität darf nicht nur Gegenwart und Zukunft umgreifen, sondern muss sich auf die Anerkennung und Achtung der Opfer der Geschichte erstrecken.

Das bleibt ein komplizierter Balanceakt: Denn die hier ansatzweise aufgenommene Komplexität der europäischen geschichtskulturellen Gemengelage ist ja noch lange nicht das Ende der Herausforderungen: Eine

**Eine wirkliche Universalisierung von Katastrophenerfahrungen und die Berücksichtigung anderer Genozide steigert die kognitive und emotionale Überforderung von Lehrenden und Lernenden**

wirkliche Universalisierung von historischen Katastrophenerfahrungen, die Berücksichtigung anderer Genozide, der Kolonialerfahrungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas usw. steigert die kognitive und emotionale Überforderung von Lehrenden und Lernenden (na ja, die Theoretiker sind auch noch nicht viel weiter...) zusätzlich. Die Gewissheiten der 70er und 80er Jahre über Zivilisationsbruch und Vergleichbarkeiten – im

Nachhinein betrachtet geradezu schlichte Axiome - lösen sich in einer Weise auf, die nur übrig lässt festzustellen: Da bleiben noch manche offenen Fragen. (Keine schlechte Voraussetzung für spannende politische Bildung!)



*Dr. Paul Ciupke* ist Mitherausgeber der „Außerschulischen Bildung“ und ist im Leitungsteam beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW zuständig u. a. für die Arbeitsschwerpunkte Politische Theorie, Nationalsozialismus und ost-mitteleuropäische Zeitgeschichte. Beim Bildungswerk ist er zu erreichen unter der Anschrift Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen.

E-Mail: [paul.ciupke@hu-bildungswerk.de](mailto:paul.ciupke@hu-bildungswerk.de)



*Dr. Norbert Reichling* gehört ebenfalls zum Leitungsteam des Bildungswerks der Humanistischen Union NRW und vertritt dort u. a. die Arbeitsschwerpunkte Bürgerrechte, Erwachsenenbildungsgeschichte, Gedenkstätten. Anschrift: s. Ciupke

E-Mail: [norbert.reichling@hu-bildungswerk.de](mailto:norbert.reichling@hu-bildungswerk.de)